

SZ 30.3.11

# Das Gezerre geht weiter

Oberhachinger CSU und Bund Naturschutz finden bei Podiumsdiskussion über Schutzgebietsausweisungen keinen Konsens

Von Stefan Mühleisen

**Oberhaching** – Alle sind sich einig: Dieses Stadl an der östlichen Hangkante ist ein Schandfleck, nie hätte er dort hingebaut werden dürfen. Überhaupt die Hangkanten: schützenswerte Landschaftsbestandteile, keine Frage. In der Zielvorgabe herrscht Gleichklang. Das kollektive Kopfnicken im Saal des Weißbräu in Deisenhofen hört allerdings ab-

„Wer will für künftige Gemeinderäte seine Hand ins Feuer legen?“

rupt auf, wenn es um die Umsetzung geht. Auch eine Podiumsdiskussion der Oberhachinger CSU mit der Kreisgruppe des Bundes Naturschutz (BN) über die Ausweisung des Hachinger Tals als Landschaftsschutzgebiet (LSG) brachte keinen Konsens darüber, ob das Verfahren segensreich oder schädlich ist.

Es war bereits die zweite Informationsveranstaltung der Oberhachinger CSU zu dem umstrittenen Verfahren. Das Hachinger Tal ist dabei nur eines von vier

Gebieten im Landkreis, die per Verordnung zum naturbelassenen Erholungsraum erklärt werden sollen. Ziel ist es, den Charakter der Landschaft zu erhalten – und weitere Bebauung zu verhindern. Das Landratsamt hat einen Verordnungsentwurf veröffentlicht. Die betroffenen Gemeinden sind jetzt gehalten, ihre Stellungnahmen dazu abzugeben.

In Oberhaching dürfte dazu eine kontroverse Diskussion im Gemeinderat anstehen. Die örtliche CSU hat einen Antrag eingebracht, die LSG-Ausweisung abzulehnen. Die Fraktion fordert, beide Hangkanten – nicht nur eine, wie im Entwurf vorgesehen – als „geschützte Landschaftsbestandteile“ auszuweisen. Fraktionssprecher Josef Ertl machte in der Veranstaltung deutlich, dass er die LSG-Ausweisung für unnötig hält. „Der Landschaftsschutz wird seit Jahrzehnten im Konsens zwischen Bund Naturschutz und Landwirten realisiert.“ Als Ortsobmann des Bayerischen Bauernverbands (BBV) verwies er zudem darauf, die Bauern müssten mit dem LSG-Verdikt Nutzungseinschränkungen in Kauf nehmen.

Auch Bürgermeister und CSU-Fraktionssprecher Stefan Schelle machte sinngemäß deutlich: Landschaftsschutz



Ist gegen Zersiedelung: Martin Hänsel, stellvertretender Kreisgeschäftsführer der BN-Kreisgruppe. Foto: Schunk

ja – aber nicht per Verordnung. Er betonte, dass sich die Gemeinde im Verbund mit den Grundbesitzern um die Pflege beider Hangkanten bemühe – und dies auch weiter intensiv verfolgen will. Den Katalog an erlaubnispflichtigen Einschränkungen der LSG-Verordnung lehnt er dagegen ab. „Die Land- und

Forstwirtschaft sowie die Erholungsfunktion wird dadurch eingeschränkt“, sagte er. Allerdings ließ Schelle durchblicken, dass er für Abmilderung und Streichung einzelner Punkte durchaus diskussionsbereit ist.

So könnte jetzt ein monatelanges Gezerre um die genauen Schutzparameter für das Hachinger Tal beginnen. Die Kreis-Grünen hatten zuletzt angekündigt, die LSG-Ausweisung auch gegen die Bedenken der Bauern durchboxen zu wollen. Die BN-Kreisgruppe wird unterdessen nicht müde, die LSG-Lösung als adäquaten Schutz vor Flächenfraß und Zersiedelung zu unterstreichen. Der stellvertretende BN-Kreisgeschäftsführer Martin Hänsel gab in der Veranstaltung zu, viele Punkte des LSG-Entwurfs seien erklärungsbedürftig und müssten nachgebessert werden. Am Verfahren selbst ließ er keinen Zweifel. „Es geht um langfristigen und nachhaltigen Schutz“, sagte Hänsel. Er versicherte allen Anwesenden sein Vertrauen, dass sie es mit dem Landschaftsschutz ehrlich meinen. Dennoch warnte er: „Wer will für künftige Gemeinderäte seine Hand ins Feuer legen, dass auch sie sich so sensibel um die Landschaftspflege bemühen?“